

Wóycicki: Flüchtlingskrise löst Vertrauensverlust gegenüber polnischer Regierung aus

Oppositionspolitiker beim Kulturforum Südliche Bergstraße zu Gast – Anne Maennchen zur neuen Vorsitzenden gewählt

Wiesloch. (aot) Bei der Mitgliederversammlung des Kulturforums Südliche Bergstraße wurde Anne Maennchen aus Dielheim-Balzfeld zur ersten Vorsitzenden gewählt. Obwohl Wahlen erst wieder turnusgemäß im nächsten Jahr anstehen sollten, war dies notwendig geworden, nachdem Peter Gebhardt, der das Amt seit November 2015 bekleidete, aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat.

Der stellvertretende Vorsitzende Gert Weisskirchen sagte gegenüber der RNZ, dass sich Gebhardt unermüdlich für die in der Region beheimateten Künstlerinnen und Künstler und Autorinnen und Autoren eingesetzt habe, wie beispielsweise durch Besuche in deren Ateliers oder den in diesem Jahr erstmals vergebenen „Preis des Kulturforums“. Ein ganz besonderes Anliegen war für ihn, nach Wiesloch herausragende deutsche Autoren einzuladen, die nicht nur ihre Werke vorstellten, sondern auch vermittelten, welche Antriebskräfte, Erfahrungen und Absichten diese entstehen ließen.

Den bisherigen Stellvertreterposten von Maennchen im Vorstand übernahm Jürgen Grimm aus Wiesloch.

Als Gast berichtete Kazimierz Wóycicki, polnischer Oppositionspolitiker und ehemaliger außenpolitischer Berater des früheren polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki, über die gegenwärtige politische Lage in seinem Heimatland. Dabei berichtete er auch über die Flüchtlingskrise an der Grenze zwischen Polen und Belarus, wo Tausende Migran-



Jürgen Grimm, Anne Maennchen und Gert Weisskirchen vom Kulturforum.
Foto: Ottmann

ten darauf hoffen, weiterreisen zu dürfen. Ihr Ziel sei Deutschland oder ein anderes westliches Land, das ihnen Asyl gewährt. Sie werden von polnischen und weißrussischen Grenzbeamten und Soldaten hin- und hergeschickt, teilweise unter Schlägen und Folterung.

Mittlerweile sind ihm zufolge schon zehn Menschen in dem Sperrgebiet an der Grenze zwischen Polen und Belarus, zu dem weder Hilfsorganisationen noch Journalisten Zugang haben, in der Kälte gestorben. Aber erst das Bild eines ertrunkenen kleinen Mädchens mit einem

Teddybären im Arm hätte, so der Referent, große Teile der Bevölkerung aufgebracht und einen Vertrauensverlust gegenüber der Regierung und der sie tragenden PIS-Partei (Recht und Gerechtigkeit) ausgelöst. Dies treffe allerdings nicht auf die Bewohner der ländlichen Grenzregion zu, die durch einen gigantischen Sozialtransfer weitgehend von ihrer Armut befreit

worden sei.

Die Opposition, die für eine freie Presse, unabhängige Justiz und ein humanitäres Verhalten gegenüber Migranten eintrete, habe es schwer, diesen Teil der Bevölkerung von ihrer so ganz anderen Politik zu überzeugen, was unter anderem in der Geschichte des Landes begründet sei, so Wóycicki. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts hätten 98 Prozent der Bevölkerung als einfache Bauern in sklavennähnlicher Abhängigkeit von Großgrundbesitzern und Adel gelebt. Deren Freiheitskämpfe gegen die Großmächte

Preußen, Österreich und Russland hätten die Bauern nie unterstützt, da es dabei nicht um ihre eigene Freiheit gegangen sei. Diese Einstellung habe sich bis heute gehalten und man glaube, dass der von polnischen Eliten geführte Kampf um Rechtsstaatlichkeit und Humanität nicht in ihrem Interesse sei. Sie vertrauten stattdessen auf die Politik der PIS, die ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert, sie vor Migranten „schützt“ und Ängste gegen Russland schürt.

Auch er sei der Meinung, dass Putin durchaus den von Lukaschenko provozierten Grenzkonflikt gutheiße, so Wóycicki, denn es liege ihm viel daran, die EU in Schwierigkeiten zu bringen und zu destabilisieren. Aber so unberechenbar er auch sei, einen Krieg auszulösen, das traue er ihm nicht zu.

Für die Wahlen 2023 sieht Wóycicki, trotz der vorgetragenen Bedenken, gute Chancen für die Opposition, da die Regierung durch die hohe Inflation (sieben Prozent) an Vertrauen verloren habe und die große Mehrheit den gegenwärtigen europafeindlichen Kurs nicht für gut halte. Bei einer Umfrage hätten 90 Prozent der Bevölkerung die Zugehörigkeit zur EU befürwortet.

Die Zuhörerschaft erlebte einen aufgeschlossenen Referenten, der sich am Ende gerne den Fragen des Publikums stellte. Die Vertreter des Kulturforums freuten sich über seine Zusage, bei der Planung und Organisation einer für 2022 geplanten Polen-Reise mitzuarbeiten.